

Kirche und Gesellschaft



Arnd Küppers / Peter Schallenberg

Flucht, Migration, Integration

Versuch einer sozialetischen Einordnung

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ thematisiert aktuelle soziale Fragen aus der Perspektive der kirchlichen Soziallehre und der Christlichen Sozialethik.

THEMEN DER ZULETZT ERSCHIENENEN HEFTE:

Oktober 2015, Nr. 423: Wolfgang Löhr

Der Volksverein für das katholische Deutschland. Ein historisches Markenzeichen der Stadt Mönchengladbach

November 2015, Nr. 424: Matthias Meyer

Die Digitalisierung als sozialethische Herausforderung

Dezember 2015, Nr. 425: Dirk Sauerland

Im Dienst am Menschen. Zur Frage der Gerechtigkeit im deutschen Gesundheitssystem

VORSCHAU:

Februar 2016, Nr. 427:

Stephan Leibfried zum Themenbereich „soziale Dimensionen Europas“

März 2016, Nr. 428:

Claus Dierksmeier zum Themenbereich „philosophische Grundlagen der Enzyklika *Laudato si'*“

April 2016, Nr. 429:

Peter Schallenberg zum Themenbereich „Politik und Christentum – Weltverantwortung in der Spur des Volksvereins“

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61/8 15 96-0 · Fax 0 21 61/8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2016

© J.P. Bachem Medien GmbH, Köln

ISBN 978-3-7616-2899-7

Im April 2015 hat Oliver Müller in dieser Reihe über Flucht und Vertreibung, ihre Ursachen und Auswirkungen im weltweiten Kontext geschrieben.¹ Er hat das nicht einfach aus der warmen Schreibstube heraus getan; als Leiter von Caritas International kennt er viele Flüchtlingslager dieser Welt aus persönlicher Anschauung. In seinem Heft hat er darauf aufmerksam gemacht, dass der größte Teil der mit den weltweiten Fluchtbewegungen einhergehenden Lasten von Entwicklungsländern getragen wird. Das gilt auch für die hunderttausenden Menschen, die in den letzten Jahren und Monaten vor der IS-Terrormiliz aus dem Irak und aus dem Bürgerkriegsland Syrien geflohen sind. Neben der Türkei sind Jordanien und der Libanon in diesem Fall die Hauptaufnahmeländer. Allein der kleine Libanon mit nur knapp 5 Millionen Einwohnern hat schon 1,2 Millionen Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien aufgenommen. Jordanien hat bei rund 6,5 Millionen Einwohnern etwa 650.000 Flüchtlinge aufgenommen. Das heißt, dass syrische und irakische Flüchtlinge inzwischen zehn Prozent der jordanischen Bevölkerung und sogar fast ein Viertel der libanesischen Bevölkerung ausmachen.

Diese Massenzuwanderung hat nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für die Menschen vor Ort erhebliche Auswirkungen. Weil die Flüchtlinge in der Regel keine Arbeitserlaubnis bekommen, werden sie in illegale Beschäftigung hineingezwungen, was den regulären Arbeitsmarkt unter Druck setzt. Nur ein Fünftel der Flüchtlinge lebt derzeit in Flüchtlingslagern, die anderen müssen selbst eine Unterkunft finden, was den Wohnraum verknappt und die Mieten in die Höhe treibt. Auch die Nahrungsmittelpreise steigen. Der ganze Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge wird immer labiler. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk hat Béchara Pierre Kardinal Raï, der Maronitische Patriarch von Antiochien, Anfang Dezember 2015 gesagt, dass die wirtschaftlichen Folgen der Flüchtlingskrise im Libanon inzwischen so gravierend seien, dass gut ausgebildete Libanesen auswanderten: „Die jungen Leute gehen, die Vertriebenen kommen.“²

Klar ist: Für Jordanien und den Libanon, ihre öffentlichen Institutionen, ihre Volkswirtschaften und Zivilgesellschaften ist diese riesige Herausforderung ohne Hilfe von außen nicht zu bewältigen. Müller mahnte deshalb bereits im April, dass die Europäische Union diese Länder und auch die Türkei stärker bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise unterstützen müsse.

Der Hinweis auf eine Veröffentlichung aus der eigenen Reihe unseres Hauses sei an dieser Stelle ausnahmsweise gestattet, weil es notwendig ist, das durch die derzeitige Flüchtlingskrise veranlasste Thema dieses neuen Heftes in einen weiteren Kontext zu stellen. Die dramatische Flüchtlingsbewegung, mit der Deutschland und Europa seit einigen Monaten konfrontiert sind, ist ganz wesentlich auch dadurch verursacht, dass auf die zahllosen Mahnungen

und Warnungen, die Experten wie Müller in den letzten Monaten, ja sogar Jahren ausgesprochen haben, nicht beziehungsweise nur völlig unzureichend reagiert worden ist.

Das Versagen des Westens

Deutsche und Europäer hatten sich in den letzten Jahrzehnten offenbar zu sehr daran gewöhnt, im Theater der Geschichte von einem gemütlichen Logenplatz aus und mit gelegentlichem Schauern das dramatische Treiben auf der Weltbühne zu verfolgen. Das war im Großen und Ganzen auch die Haltung, als Syrien und weite Teile des Irak immer tiefer in Chaos und Gewalt versanken. Eine solche Haltung widerspricht in einer zum „globalen Dorf“ gewordenen Welt aber nicht nur den Geboten der Moral, sondern auch der politischen Klugheit. Deutschland und Europa stehen heute auch deswegen vor den Herausforderungen der Flüchtlingskrise, weil sie sich zuvor zu wenig darum bemüht haben, die Konflikte und den Terrorismus im Irak und in Syrien einzudämmen und den davon unmittelbar betroffenen Menschen wirksam und nachhaltig zu helfen. Als Ergebnis dieser Vogel-Strauß-Taktik ist die Situation für die Menschen vor Ort im Verlauf des zurückliegenden Jahres schlimmer denn je geworden, und Hunderttausende sahen und sehen nun keinen anderen Ausweg mehr als die Flucht nach Europa.

Ein ganz besonders bedrückendes Beispiel für diese Unkultur des Wegschauens und Wegduckens ist das Versagen Europas und der gesamten entwickelten Staatenwelt bei der Sicherstellung einer humanitären Grundversorgung der Flüchtlinge in den Nachbarländern Syriens, die im Lauf des Jahres 2015 zusehends erodiert ist.³ Diese Grundversorgung organisiert vor allem das Nahrungsmittelprogramm WFP (*World Food Programme*) der Vereinten Nationen, das sich gemeinsam mit dem Flüchtlingshilfswerk UNHCR (*United Nations High Commissioner for Refugees*) um die Flüchtlinge kümmert. Bereits Ende 2014 wandte sich das WFP mit einem dramatischen Appell an die Staatengemeinschaft: Der Lebensmittelhilfe für rund 1,7 Millionen syrische Flüchtlinge drohe das Aus. Grund: Das WFP erhält kein Geld aus den UNO-Mitgliedsbeiträgen der Staaten, noch nicht einmal eine Grundfinanzierung, sondern ist in seinen Hilfsaktivitäten ganz auf freiwillige Zahlungen angewiesen. Im vierten Jahr des syrischen Bürgerkrieges war die Zahlungsbereitschaft der Geberländer jedoch erlahmt, auch die Deutschlands und Europas.

Konkret gefährdet war dadurch ein Hilfsprogramm des WFP, in dessen Rahmen Flüchtlinge, die außerhalb der Camps leben, eine finanzielle Unterstützung bekommen, die so bemessen ist, dass damit der existentielle Mindest-

bedarf gedeckt werden kann; dieser liegt bei einem Dollar pro Kopf und pro Tag. Zu Beginn des Programms wurden deshalb monatlich pro Person 28 Dollar an die Flüchtlinge ausgezahlt, und zwar in Form einer Buchung auf eine vom WFP ausgegebene Chipkarte, die als Zahlungsmittel funktioniert. Zwar konnte dieses Programm auch 2015 fortgeführt werden, denn nach dem dramatischen Hilfsappell des WFP floss das Geld aus den Geberstaaten wieder. Aber es floss doch nicht so reichlich wie erhofft. Das WFP kürzte deshalb seine Zuwendungen im Lauf des Jahres 2015 immer wieder: zunächst von 28 auf 21 Dollar im Januar, dann im Frühjahr auf 14 Dollar und im Sommer für einige Flüchtlinge sogar auf 7 Dollar. Europa hat also zugelassen, dass unter den Flüchtlingen in den Nachbarländern Syriens eine existentielle Mangel- und Notsituation entstanden ist. Und erst als im Sommer die Flüchtlingszahlen immer weiter anstiegen, merkte man, was man ange richtet hatte.

Fluchtursachen bekämpfen

Als sich die Staats- und Regierungschefs Ende September auf einem EU-Sondergipfel mit der Flüchtlingskrise beschäftigten, hatte Deutschland wie die meisten anderen EU-Länder erst die Hälfte der Vorjahressumme an das WFP überwiesen. Andere Länder wie Österreich hatten noch gar nichts bezahlt. Zwar beschloss der Gipfel dann eine Aufstockung der Hilfe für syrische Kriegsflüchtlinge um eine Milliarde Euro, auch zugunsten des WFP-Hilfsprogramms, aber bis Dezember 2015 waren die Zuwendungen der Geberländer immer noch nicht ausreichend, um wieder die Auszahlung des Existenzminimums von einem Dollar pro Flüchtling und Tag zu ermöglichen. Im Dezember 2015 wurden immerhin wieder 21 Dollar auf die Chipkarten der Flüchtlinge gebucht.

Führende deutsche Wirtschaftsforschungsinstitute wie das Zentrum für *Europäische Wirtschaftsforschung* (ZEW) oder das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* (DIW) beziffern unterdessen die jährlichen Kosten, um die nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge zu versorgen, auf 10 bis 30 Milliarden Euro,⁴ das renommierte *Institut für Weltwirtschaft* (IFW) rechnet sogar mit bis zu 55 Milliarden Euro jährlich.⁵ Mit einem Bruchteil dieses Geldes hätte Deutschland verhindern können, dass die Flüchtlinge in Jordanien und im Libanon in existentielle Not gerieten und sich überhaupt auf den gefährlichen Weg nach Europa machen mussten. Dass es angesichts dieser Tatsache bis Ende 2015 immer noch nicht gelungen ist, das Existenzminimum für diejenigen sicherzustellen, die nach wie vor in den Nachbarländern Syriens ausharren, ist ein Armutszeugnis für Europa und die gesamte entwickelte Welt.

Patriarch Raï ist zum Abschluss des Interviews im Deutschlandfunk gefragt worden, ob er die deutsche Aufnahmepolitik für syrische Flüchtlinge befürwortet oder ob er sich eine andere Herangehensweise wünschen würde. Er hat darauf geantwortet, dass er Deutschland für alles, was es zur Hilfe für die Flüchtlinge tut, von Herzen dankbar sei. „Aber“, so fuhr er fort „worum wir die Regierung bitten, ist, die Stimme zu erheben gegen den Krieg, für die Rückkehr der Vertriebenen, für einen dauerhaften, gerechten Frieden. Das muss man tun, um auf der Welt in Frieden zu leben. Es reicht nicht, gegen die Auswirkungen anzugehen, man muss die Ursachen bekämpfen. So wie wenn man einen offenen Wasserhahn hat und sich das Zimmer mit Wasser füllt: Es bringt nichts, das Wasser aufzuwischen, man muss den Wasserhahn schließen und den Krieg stoppen.“⁶ Konkret forderte der Kardinal zweierlei. Erstens Initiativen der internationalen Politik, um zu einer Vermittlung zwischen dem Assad-Regime und der gemäßigten Opposition zu gelangen. Zweitens mahnte er an, dass den Flüchtlingen vor Ort konkrete Zukunftsperspektiven eröffnet werden, denn die Perspektiv- und Hoffungslosigkeit sei letztlich auch der Nährboden, auf dem der Terrorismus gedeihe.

Zukunftsperspektiven vor Ort bieten

Die Frage nach den Zukunftsperspektiven der Geflüchteten ist auch für Paul Collier, Ökonom und Migrationsforscher an der Universität von Oxford, die Schlüsselfrage für die Bewältigung der derzeitigen humanitären Flüchtlingskatastrophe. Mit seinem 2013 erschienenen Buch *Exodus* hat Collier international Aufsehen erregt. In seiner 2014 auch auf Deutsch erschienenen Studie gelingt es ihm, einerseits eine nüchterne und umfassende Analyse der heutigen und zukünftigen Herausforderungen durch Migration zu geben und andererseits die bestehende Polarisierung in der einwanderungspolitischen Debatte aufzumischen.

Die derzeit in Europa geführte Flüchtlingsdebatte sieht Collier schon deswegen in Schieflage, weil sie sich fast ausschließlich um den richtigen Umgang mit denen dreht, die es bis nach Europa geschafft haben. Das ist trotz der hunderttausenden, die in den letzten Monaten nach Europa gekommen sind, aber immer noch die Minderheit, sozusagen die Spitze des Eisbergs, dessen ganze Dimension noch viel zu wenig im Bewusstsein der Weltöffentlichkeit angekommen zu sein scheint. Denn in Syrien ereignet sich derzeit eine humanitäre Katastrophe apokalyptischen Ausmaßes. Von knapp 21 Millionen Syrern sind inzwischen etwa die Hälfte aus ihrer Heimat vertrieben und geflüchtet. Von diesen zehn Millionen ist wiederum etwa die Hälfte in die Nachbarländer geflüchtet, vor allem den Libanon, die Türkei und Jordanien; die andere Hälfte ist innerhalb Syriens auf der Flucht. Collier mahnt zu

Recht: Auch diese fünf Millionen dürfen nicht vergessen werden, bloß weil sie keine Schwierigkeiten in anderen Ländern verursachen.⁷

Natürlich ist es ungleich schwerer, etwas für die Flüchtlinge zu tun, die im Bürgerkriegsland geblieben sind, unmöglich ist es aber nicht. Die Einrichtung von Schutzzonen für Flüchtlinge in Syrien wäre ein Anfang. Weitaus mehr könnte man für die Flüchtlinge in den Nachbarländern tun. Das eigentlich entscheidende Problem sieht Collier dabei gar nicht in der materiellen Versorgung der Flüchtlinge, die zumindest innerhalb der Camps leidlich gewährleistet war und ist. Viel wichtiger ist die fehlende Selbständigkeit der Menschen, denen es vor allem verwehrt ist, einer Erwerbsarbeit nachzugehen und so sich und ihre Familien zu ernähren. Diese Entmündigung und Abhängigkeit wird von vielen Flüchtlingen als derart bedrückend und demütigend empfunden, dass sie die relative Sicherheit der Camps aufgeben und es stattdessen vorziehen, eine illegale Beschäftigung aufzunehmen.

Collier zeigt dabei durchaus Verständnis dafür, dass die libanesische und die jordanische Regierung den Flüchtlingen nicht einfach eine Arbeitserlaubnis geben können. Die soziale Situation in beiden Ländern ist derart labil, dass der Zustrom hundertausender Syrer auf die lokalen Arbeitsmärkte eine unkontrollierbare Destabilisierung auslösen könnte. Die Türkei ist zwar wirtschaftlich stärker, aber auch hier könnte es zu sozialen Verwerfungen kommen. Das aber ist genau die Schnittstelle, an der nach Colliers Ansicht die europäische Politik ansetzen müsste. Sie müsste in den Erstaufnahme-Ländern den Aufbau einer syrischen Exil-Wirtschaft organisieren, in der die Menschen arbeiten und Jugendliche ausgebildet werden können. Damit würde man ihnen ein Stück Autonomie und Würde zurückgeben und zugleich Humankapital für die Zeit des Wiederaufbaus nach dem Ende des Bürgerkriegs in Syrien heranbilden. Die politische Stabilisierung Syriens nach dem Krieg wird nämlich maßgeblich von einer schnellen wirtschaftlichen Erholung abhängen. Collier berichtet von seinem Besuch in Zaatari, dem größten Flüchtlingslager in Jordanien mit mehr als 80.000 Bewohnern. Bei dieser Gelegenheit hat er festgestellt, dass nur einige Fahrminuten von dem Camp entfernt ein stillgelegter Industriekomplex mit voll ausgestatteter Infrastruktur existiert. Das könnte seiner Ansicht nach der Ausgangspunkt sein zu einer Initiative, mit der Europa den Menschen vor Ort eine Perspektive geben, die Zukunft Syriens vorbereiten und zugleich den Fluchtdruck nach Europa verringern könnte. Zudem könnte die fragile wirtschaftliche und soziale Situation in den Erstaufnahmeländern entscheidend stabilisiert werden, wenn man nicht nur Flüchtlingen, sondern auch Einheimischen Beschäftigung in diesen Einrichtungen geben würde.

Flüchtlingshilfe – ein Gebot der Selbstachtung und Nächstenliebe

Collier stellt mit seinem auf die Flüchtlingshilfe vor Ort fokussierten Konzept keineswegs das Asylrecht in Frage. Politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen in existentieller Not zu helfen, bezeichnet er als eine Frage der Selbstachtung.⁸ Diese Selbstachtung scheint manchem europäischem Politiker zwischenzeitlich abhanden gekommen zu sein. Aus christlicher Sicht ist solche Nothilfe schlicht ein Gebot der Nächstenliebe. Es ist geradezu bizarr, dass manche europäische Politiker ihre Weigerung, syrische Flüchtlinge aufzunehmen, zu einer Verteidigung des christlichen Abendlandes stilisieren, weil es sich in der ganz überwiegenden Zahl um Muslime handelt. Dazu hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Reinhard Kardinal Marx klargestellt, dass die christliche Identität Europas vielmehr dann gefährdet wäre, wenn wir den Flüchtlingen nicht helfen würden. „Wenn wir Menschen in Not an unseren Grenzen sterben lassen, dann pfeife ich auf die christliche Identität“, so Marx wörtlich.⁹

Die derzeit notgedrungene Fokussierung der deutschen und europäischen Diskussion auf die Flüchtlinge an unseren Grenzen impliziert gleichwohl in sich schon ein moralisches Problem. Denn es schaffen derzeit überhaupt nur diejenigen bis Europa, die erstens einige tausend Dollar an Schlepperbanden bezahlen können und die zweitens stark genug sind für die Strapazen der Reise; das sind vor allem junge Männer aus wohlhabenderen Familien. Ärmere oder Kranke hingegen haben gar keine Möglichkeit, sich auf den Weg nach Europa zu machen, Frauen und Kinder sind den Gefahren einer solchen Reise besonders schutzlos ausgesetzt. Im Augenblick gilt hier das Prinzip *survival of the fittest*, das Vorrecht des Stärkeren also. Das ist unter ethischen Gesichtspunkten ein unhaltbarer Zustand. Weitaus besser wäre es, Flüchtlingskontingente festzulegen und hier besonders Schutzbedürftige zu privilegieren, etwa verwaiste Kinder, Kranke, Schwangere, alleinstehende Frauen mit Kindern oder Familien mit kleinen Kindern. Diese Kontingentflüchtlinge sollten in einem geordneten Verfahren und auf einem sicheren Weg, im Flugzeug also, nach Europa gebracht werden. Eine solche Aufnahmepolitik müsste freilich flankiert werden von einer besseren Sicherung der Außengrenzen der Europäischen Union bei gleichzeitiger Sorge für die in ihrer Heimat und den Nachbarländern gebliebenen Flüchtlingen. Dieser Dreiklang ist sowohl unter Gerechtigkeits- als auch unter politischen Klugheitsgesichtspunkten unabdingbar zusammen zu sehen.

Asyl und Einwanderungspolitik voneinander trennen

Collier plädiert außerdem sehr nachdrücklich dafür, die Frage des Asyls für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge von der einer politisch gesteuerten Einwanderung strikt zu trennen.¹⁰ An dieser Nicht-Unterscheidung krankt leider die derzeit in Deutschland geführte Debatte. Die beeindruckende Bereitschaft der deutschen Bevölkerung, den Kriegsflüchtlingen zu helfen, kann aber nachhaltig unterminiert werden, wenn der derzeitige Zustrom an Flüchtlingen als unkontrollierte Einwanderung behandelt oder auch nur wahrgenommen wird. Deswegen sollte politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen zwar großzügig Asyl gewährt werden, es sollte aber zugleich klar geregelt und unmissverständlich deutlich gemacht werden, dass das Asylrecht nur ein zeitlich begrenztes Aufenthaltsrecht gibt, das erlischt, sobald die Fluchtursachen beseitigt sind, also etwa der Bürgerkrieg in Syrien beendet ist.

Das liegt auch im vitalen Interesse der Herkunftsländer der Flüchtlinge, die zu ihrem Wiederaufbau existentiell auf die jungen, gut ausgebildeten Landsleute angewiesen sind, die in Europa Asyl gefunden haben. In der etwas technisch anmutenden Sprache des Ökonomen spricht Collier aus, was dem Inhalt nach aber auch sozialetisch richtig ist: dass man nicht nur dem einzelnen Flüchtling in seiner Not helfen muss, sondern dass bei der Bestimmung der Art und Grenzen dieser Hilfe auch die sozialen Auswirkungen mit zu bedenken sind, vor allem die Folgen für die so schwer getroffenen Herkunftsländer und die dort zurückgebliebenen Menschen. „Wenn in Konfliktsituationen Asyl gewährt wird, dann nicht, um der glücklichen Minderheit, die ihnen entfliehen konnte, auf Dauer ein neues Leben zu ermöglichen. Vielmehr geht es darum, das Überleben der von dem jeweiligen Land dringend benötigten qualifizierten und politisch engagierten Menschen zu sichern, bis sie gefahrlos in ihre Heimat zurückkehren und den Wiederaufbau unterstützen können. Die Rettungspflicht enthebt die einkommensstarken Länder nicht der Pflicht, die Folgen ihrer Politik zu durchdenken.“¹¹

Auch wenn man Collier in diesem Punkt zustimmt, heißt das nicht, dass es keine Bleibperspektive für diejenigen geben soll, die jahrelang als Asylberechtigte in Deutschland gelebt haben, die die Sprache gelernt haben, einem Beruf nachgehen und deren Kinder hier geboren sind. Es wäre wohl weder im Interesse dieser Menschen noch im Interesse Deutschlands, wenn man eine solche Verbindung zu gegenseitigem Vorteil qua Automatismus wieder beenden würde. Aber wer nach dem Wegfall seiner Asylberechtigung in Deutschland oder der EU bleiben darf und wer nicht, ist eben eine Frage gesteuerter Einwanderungspolitik. Wer als Staat oder Staatengemeinschaft wie

die EU Menschen in existentieller Not als Asylanten und Flüchtlinge aufnimmt, muss sich deshalb keineswegs des Rechtes begeben, darüber zu bestimmen, wer dauerhaft zuwandern darf und wer nicht. Wenn die Politik das deutlicher kommunizieren würde, könnten die Ängste vieler Menschen angesichts des gewaltigen Flüchtlingsstroms der letzten Monate sicher deutlich gemildert werden.

Gesteuerte Einwanderung

In einem Interview mit der *Zeit* bezeichnet Collier die in Europa, aber auch anderenorts zunehmend hitzig geführte Diskussion über Zuwanderung als eine „emotionale, lächerliche und polarisierte Debatte“, die in zunehmendem Maß von Extrempositionen beherrscht wird. Während Multikulturalisten bedingungslos für grenzenlose Einwanderung werben, kämpfen xenophobe Zeitgenossen verbissen und zunehmend verbittert gegen jede Form von Zuwanderung an. Beide Einseitigkeiten entlarvt Collier nicht nur als ziemlich idiotisch, sondern auch als brandgefährlich. Schon die alles beherrschende Frage: „Ist Einwanderung gut oder schlecht?“ ist falsch gestellt, weil sie jegliche Differenzierung in der Antwort von vornherein ausschließt. Die richtige Frage muss vielmehr lauten: „Wie viel Migration ist für alle am besten?“¹² „Alle“, damit sind drei Gruppen und deren Interessen gemeint: erstens die Migranten, zweitens die Aufnahmeländer und die dort bereits lebenden Menschen, drittens – und diese Interessengruppe wird in der europäischen, auch der gegenwärtigen deutschen Diskussion meist ausgeblendet – die Herkunftsländer und die dort Zurückgebliebenen. Wenn Europa seinem Anspruch als Wertegemeinschaft gerecht werden möchte und insofern seine Einwanderungspolitik nicht alleine nach nationalen Egoismen, sondern auch entsprechend sozialetischer Prinzipien steuern möchte, so muss das Ziel sein, diese drei Interessenkreise zu einem klugen und gerechten Ausgleich zu bringen.

Am einfachsten ist das Interesse der Migranten zu bestimmen. Sie möchten aus ihrem Herkunftsland auswandern und in ein Aufnahmeland ihrer Wahl einwandern. Motiviert sind sie dabei – ganz allgemein gesprochen – durch den Wunsch, ihre Lebenssituation zu verbessern. Flüchtlinge aus schierer Existenznot wie die syrischen Kriegsflüchtlinge sind die Ausnahme. Die meisten Migranten möchten ihre wirtschaftliche Lebenssituation verbessern, und sie sind dabei in der ganz überwiegenden Zahl nicht von existentieller wirtschaftlicher Not getrieben. Zahlreiche Studien zeigen vielmehr, dass das Phänomen der Wirtschaftsmigration dann signifikant zunimmt, wenn arme Länder beginnen, sich zu entwickeln. In diesem Prozess entsteht in den Entwicklungs- und Schwellenländern eine Schicht von gebildeteren jungen

Menschen aus Familien mit bescheidenem Wohlstand. Aus dieser Gruppe rekrutiert sich der Großteil der Wirtschaftsmigranten.

Schwieriger verhält es sich mit dem Interesse der Herkunftsländer und der Zurückgebliebenen. Zunächst einmal scheint klar zu sein, dass es die Entwicklungschancen ärmerer Länder deutlich schmälert, wenn gerade die jungen Leistungsträger auswandern. Ganz so einfach ist es aber nicht, denn die Auswanderer brechen in der Regel nicht alle Brücken in ihr Heimatland ab. Oftmals ist die Entscheidung zur Auswanderung auch gar nicht eine einsame der Migranten, sondern eine solche der ganzen Familie. Nicht nur die individuellen Lebenschancen des Migranten sollen dadurch verbessert werden, sondern die der ganzen Familie. Eine oft unterschätzte Rolle spielen dabei die Rücküberweisungen von Ausgewanderten an ihre daheimgebliebenen Angehörigen. Der jüngst mit dem Nobelpreis geehrte britische Ökonom und Entwicklungsforscher Angus Deaton hat gezeigt, dass diese Rücküberweisungen viel besser wirken als jede Entwicklungshilfe, weil sie bei den Menschen direkt ankommen und nicht bei den häufig korrupten Regierungen armer Länder.¹³ Zugleich bildet das Beispiel der Ausgewanderten einen äußerst wichtigen Ansporn für die Daheimgebliebenen sich anzustrengen, auch für die Eltern, in die Bildung ihrer Kinder zu investieren. Der oft beklagte „Braindrain“ kann sich so indirekt in einen „Braingain“ verwandeln.

Allerdings gibt es einen kritischen Punkt, an dem die Folgen der Auswanderung für die Herkunftsländer ins Negative kippen.¹⁴ Das ist dann der Fall, wenn zu viele junge, gebildete Leistungsträger auswandern und damit die für Fortschritt und Entwicklung essentiellen Humanressourcen verloren gehen. Collier meint, dass dieser kritische Punkt in der Mehrzahl der kleinen ärmeren Länder bereits überschritten ist. Diese Länder haben aber kaum Möglichkeiten, steuernd auf die Auswanderungsrate Einfluss zu nehmen, sondern sie sind abhängig von der Einwanderungspolitik der Aufnahmeländer. Eine europäische Migrationspolitik, die ihrer Verantwortung gegenüber unterentwickelten Staaten bestmöglich nachkommen wollte, würde sich daher nach Ansicht Colliers „nicht durch eine offene oder geschlossene Tür auszeichnen, sondern durch eine angelehnte.“¹⁵

Komplex ist auch die Antwort auf die Frage, wie sich die Zuwanderung auf die Aufnahmeländer und die bereits dort lebenden Menschen auswirkt. Eine nach den wirtschaftlichen Interessen des Einwanderungslandes politisch gesteuerte Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte könnte zweifellos dabei helfen, dem in Deutschland wachsenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die Zuwanderung Geringqualifizierter hingegen belastet in Ländern wie Deutschland mit einem ausgeprägten Sozialstaat die öffentlichen Haushalte, was wiederum zu einer Steigerung der Steuer- und Abgabenlast der

Arbeitnehmer und Unternehmen führt. In Ländern wie den USA, die einen weniger starken Sozialstaat, aber einen weitgehend deregulierten Arbeitsmarkt haben, führt eine Zuwanderung Geringqualifizierter zu verstärktem Druck im Niedriglohnssektor.

Es ist deswegen sowohl unter volkswirtschaftlichen als auch unter sozialen Gesichtspunkten richtig, Einwanderung dahingehend zu steuern, dass diejenigen Menschen deutlich bessere Zuwanderungschancen bekommen, die entsprechend qualifiziert sind und in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Damit werden auch in den Herkunftsländern die richtigen Anreize gesetzt, weil die Botschaft vermittelt wird, dass Bildung der Schlüssel zum Tor in die Welt ist.

Das heißt nicht, dass Migranten, die erst in Deutschland und Europa ausgebildet und qualifiziert werden müssen, keine Zuwanderungschance erhalten sollten. Im Gegenteil ist es wünschenswert, dass auch solchen Menschen im Rahmen von kontingentierten Entwicklungshilfe- und Austauschprogrammen Möglichkeiten legaler Zuwanderung eröffnet werden. Denn unter sozialen Gesichtspunkten ist eine allein an nationalen Egoisten ausgerichtete Einwanderungspolitik keine Option. Es geht, wie eingangs dieses Abschnittes gesagt, um einen klugen und zugleich gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der einzelnen Migrationswilligen, den Herkunfts- und den Aufnahmeländern.

Die Herausforderung der Integration

Neben volkswirtschaftlichen spielen selbstverständlich auch soziale Faktoren eine Rolle bei der Bestimmung der Möglichkeiten und Grenzen von Zuwanderung. Dass diese Faktoren, auch wenn sie schwerer fassbar sind, eine ganz erhebliche Rolle spielen, zeigt sich schon an der enormen Verunsicherung, die viele Menschen in Deutschland und Europa angesichts des seit Monaten unkontrollierten Zustroms von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten verspüren. Das ist kein bloß emotionales, sondern ein sehr reales Problem, das auch von Migrationsforschern betont wird. Angus Deaton beispielsweise, der die restriktive Flüchtlingspolitik Großbritanniens und seiner Wahlheimat USA scharf kritisiert, warnte Anfang Dezember gleichwohl, dass Deutschland und Europa die soziale Destabilisierung drohe, wenn der Andrang anhalte.¹⁶ Und Paul Collier verwendet den in der deutschen Diskussion politisch so umkämpften Begriff der „Obergrenzen“ ganz selbstverständlich.

Collier führt in seinem Buch aber auch vor, wie schwer es ist, die sozialen Grenzen von Zuwanderung zu bestimmen und wie leicht man dabei auf ab-

schüssiges Terrain gerät. Er fragt nach den sozialen Folgen wachsender kultureller Vielfalt und kommt im Anschluss an eine Studie Robert Putnams zu dem Ergebnis, dass ab einem gewissen Grad der Diversität diese zu einer Erosion von wechselseitigem Vertrauen in der Gesellschaft führe.¹⁷ Man merkt diesem Abschnitt an, dass sich weder Collier noch Putnam mit der von ihnen herausgearbeiteten Hypothese wohl fühlen; sie warnen aber davor, aus falsch verstandener politischer Korrektheit die Realität der Herausforderungen zu leugnen. Irritierend ist allerdings, dass Collier hier auf Grundlage schwacher Datenlage starke politische Forderungen erhebt. Spätestens an dem Punkt, an dem er vorschlägt, Migrationspolitik müsse auch kulturell differenzierte Zuwanderungsrechte schaffen, überspannt er den Bogen, und es kann ihn dann auch nicht mehr retten, dass er betont, eine solche Politik dürfe nicht in Rassismus ableiten.¹⁸

Gerade eine Christliche Sozialethik, die aus ihrem theologischen Selbstverständnis heraus Kultur immer für einen wichtigen Faktor halten wird, muss hier Einspruch erheben. Der Vorwurf lautet, dass Collier es sich an dieser Stelle viel zu einfach macht. Das heißt nicht, dass ein Denkverbot aufgestellt werden soll. Aber es wäre besser und wissenschaftlich auch redlicher, bei so unsicherer Datenlage die Herausforderungen zunächst einmal allgemeiner zu fassen, als vorschnell über die Bedeutung von religiösen, kulturellen und ethnischen Differenzen zu spekulieren. Collier macht zu Beginn seines Buches einen geeigneten Vorschlag, und es ist zu bedauern, dass er es nicht dabei belässt. Er wählt den Begriff des „Sozialmodells“.¹⁹ Damit bezeichnet er das Gesamt der Narrative, Regeln, Normen, Institutionen und Organisationen in einer Gesellschaft bzw. einem Land. Trotz erheblicher Unterschiede im Detail verfügen die Länder mit hohem Einkommen, die Zielländer der Migration also, über gut funktionierende Sozialmodelle. Die Migranten stammen dagegen – und das gilt keineswegs nur für das Bürgerkriegsland Syrien – meist aus Ländern mit mehr oder weniger dysfunktionalen Sozialmodellen. Soll Zuwanderung für die Migranten selbst (und dadurch im besten Fall auch mittelbar für ihre Herkunftsländer) und für die Aufnahmeländer zu einem beiderseitigen Erfolg werden, dann muss erreicht werden, dass die Migranten sich in ihrem Handeln und Denken von dem dysfunktionalen Sozialmodell lösen und in das Sozialmodell ihres Einwanderungslandes einfügen. Nur so kann das Entstehen von Parallelgesellschaften verhindert werden.

Die Soziologie subsumiert die Sozialmodelle der erfolgreichen hochentwickelten Länder bei allen Unterschieden unter dem Begriff der funktionalen Differenzierung. Das meint in aller Kürze: Der Mensch ist in verschiedene soziale Systeme integriert, er nimmt verschiedene soziale Rollen wahr, aber

sein Personsein wird nicht durch Inklusion in alle diese unterschiedlichen Systeme und Rollen bestimmt, sondern durch Exklusion, durch das, was ihn jenseits aller sozialen Rollen ausmacht. Das bedingt das Nebeneinander und Ineinandergreifen von funktionaler Differenzierung, Pluralismus und Individualismus in den postmodernen Gesellschaften der westlichen Welt.

Gerade weil funktional differenzierte Gesellschaften in sich bereits plural sind, sollte anzunehmen sein, dass sie auch ein hohes Maß an Multikulturalität integrieren können, denn Multikulturalität ist ja nichts anderes als eine Form der Pluralität. Kulturelle Diversität wird allerdings dort ein Problem, wo sich Subkulturen bilden, die selbst die Pluralität ablehnen und ein integralistisches Sozialkonzept verfolgen. Nun ist es zweifellos so, dass in einer Einwanderungsgesellschaft die Gefahr größer ist, dass solche Subkulturen entstehen. Denn eine durch zunehmende Multikulturalität gekennzeichnete Gesellschaft zeigt eine größere Vielfalt an Gruppen und Gemeinschaften, die nach innen ihre Mitglieder stützen und prägen und die nach außen in die Gesellschaft wirken. Diese verschiedenen Gemeinschaften vertreten auch unterschiedliche Gemeinschaftswerte, wobei selbst basale Grundrechte wie zum Beispiel die menschenrechtliche Gleichheit aller, insbesondere die Gleichberechtigung der Frau, oder die Religionsfreiheit nicht im Wertekatalog aller dieser Gemeinschaften abgebildet sind. Hier liegt eine der großen Herausforderungen des liberalen Rechtsstaates, der seine Wert- und Rechtsordnung durchsetzen und gleichzeitig seine weltanschauliche Neutralität wahren muss.

Es ist allerdings fraglich, ob hier der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit liegen sollte. Sicher wird es den meisten Flüchtlingen nicht in den Sinn kommen, unseren Grundrechtekatalog abschaffen zu wollen. Aber auch ohne dass gleich die Grundrechte gefährdet sein müssten, ist die umfassende lebensweltliche Integration des Einzelnen in ein mehr oder weniger hermetisches Milieu, wie sie noch in manchen Zuwanderer-Communities vorkommt, für sich genommen schon eine soziale Herausforderung. Denn typisch für die moderne funktional differenzierte Gesellschaft ist eben eine soziale Integration des Einzelnen in ganz unterschiedliche soziale Lebensbereiche. Nur wer dazu in der Lage ist – und zwar in umfassender Weise, mental und habituell – erfüllt die Voraussetzung, um sich in unsere hochkomplexe, moderne Gesellschaft einzufügen. Diese Voraussetzung zu erfüllen, ist aber eine Integrationsleistung, die Migranten gar nicht auf sich allein gestellt erbringen können, sondern die die ganze Gesellschaft herausfordert. Denn der Rückzug ins eigene lebensweltliche migrantische Milieu wird dort verstärkt oder sogar erst provoziert, wo die Mehrheitsgesellschaft Zugangsbarrieren in den unterschiedlichen sozialen Bereichen errichtet. Solche Bar-

rieren gibt es, und dass sie oft nicht explizit, sondern sehr subtil sind, macht es nicht unbedingt leichter, sie immer sofort zu erkennen und zu beseitigen. Hier ist ein offener Dialog in der Gesellschaft vonnöten, und zwar ein solcher, der weit über die Debatte in der gegenwärtigen Flüchtlingskrise hinausgeht. Denn auch diese Gefahr ist momentan leider gegeben: dass die integrationspolitische Debatte hinter das zurückfällt, was schon einmal erreicht wurde. Auf dem Feld der Integration geht es eben um weit mehr als bloß um Hilfe und Fürsorge für Flüchtlinge. Es geht darum, soziale Chancen zu eröffnen und umfassende Teilhabe zu ermöglichen – aus der Perspektive Christlicher Sozialethik für alle Menschen, ob mit oder ohne einen sogenannten „Migrationshintergrund“.

Zweifellos kann die Kirche einen Beitrag leisten, dass es gelingt, diese Herausforderung zu bewältigen, auch vor dem Hintergrund eigener historischer Erfahrungen. Denn vor einigen Generationen stand die Kirche selbst noch vor der Herausforderung, ob und wie eigentlich das katholische Milieu in die moderne Gesellschaft integriert werden kann. Auch der katholische Integralismus war dabei nicht einfach nur ein illiberaler Antimodernismus, sondern angesichts vielfältiger Diskriminierungen von Katholiken im Deutschen Reich Teil eines Kampfes um soziale Anerkennung.

Es ist traditionell die Domäne christlicher Sozialethik, den oft mühevollen Bogen zwischen moralischer Idealität und sozialer Realität zu spannen, zwischen einerseits dem, was der große Alexis de Tocqueville (1805 – 1859) einmal die „Gewohnheiten des Herzens“²⁰ genannt hat, und andererseits der Verantwortung politischen Handelns. Es geht um eine sozialetische und schließlich politische Vermittlung zwischen den Ansprüchen der Gutheit und jenen der Gerechtigkeit, die leider nicht immer deckungsgleich sind. Das christliche Ethos muss sich in diesem Spannungsbogen immer wieder bewähren, das war am Anfang so, auf dem gefährlichen Weg zwischen Jericho und Jerusalem, wo der barmherzige Samariter sich des unter die Räuber Gefallenen angenommen hat, und das ist heute so, etwa auf der Balkanroute. Wem es um die Bewahrung der christlichen Identität Europas geht, muss sich dieser Herausforderung stellen.

Anmerkungen

- 1 Oliver Müller, *Flucht und Vertreibung. Ursachen und Auswirkungen im weltweiten Kontext* (Kirche und Gesellschaft, Nr. 419), Köln 2015.
- 2 http://www.deutschlandradiokultur.de/krieg-in-syrien-eine-schande-fuer-unser-jahrhundert.1278.de.print?dram:article_id=338958 (abgerufen am 09.12.2015).
- 3 Siehe zu diesem Abschnitt: Thomas Gutschker, *Wie der Hunger die Syrer in die Flucht trieb*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 08.11.2015, <http://www.>

-
- faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/wie-der-fluechtlingsandrang-aus-syrien-ausgeloest-wurde-13900101.html (abgerufen am 09.11.2015).
- 4 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 26.11.2015, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/oekonomen-ueber-schulden-fuer-fluechtlingskosten-und-fluechtlingsoli-13933600.html> (abgerufen am 09.12.2015).
 - 5 Vgl. Die Welt v. 12.12.2015, <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article149856489/IfW-schaetzt-Fluechtlingskosten-auf-bis-zu-55-Milliarden-Euro.html> (abgerufen am 12.12.2015).
 - 6 http://www.deutschlandradiokultur.de/krieg-in-syrien-eine-schande-fuer-unser-jahrhundert.1278.de.print?dram:article_id=338958 (abgerufen am 09.12.2015).
 - 7 Vgl. dazu und zum Folgenden Paul Collier, A real rescue plan for Syria's refugees, in: *The Spectator* v. 08.08.2015.
 - 8 Vgl. Paul Collier, Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen, München 2014, 277 f.
 - 9 <http://www.katholisch.de/video/16086-jeder-mensch-ist-ebenbild-gottes> (abgerufen am 11.11.2015).
 - 10 Siehe dazu und zum Folgenden Paul Collier, Exodus, a. a. O., 277.
 - 11 Ebd., 278.
 - 12 Die Zeit v. 06.02.2015, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-02/interview-collier-zuwanderung-fluechtlinge/komplettansicht> (abgerufen am 08.12.2015).
 - 13 Vgl. Angus Deaton, *The great Escape. Health, Wealth and the Origins of Inequality*, Princeton 2013.
 - 14 Siehe dazu und zum Folgenden Paul Collier, Exodus, a. a. O., 231 ff.
 - 15 Ebd., 234.
 - 16 <http://www.welt.de/wirtschaft/article149648893/Nobelpreistraeger-warnt-vor-zu-vielen-Fluechtlingen.html> (abgerufen am 06.12.2015).
 - 17 Siehe dazu Collier, Exodus, a. a. O., 80 ff. Er beruft sich auf folgende Studie: Robert Putnam, *E Pluribus Unum. Diversity and Community in the 21st Century*, in: *Scandinavian Political Studies* 30 (2), 137-174.
 - 18 Vgl. Collier, Exodus, a. a. O., 277.
 - 19 Siehe dazu und zum Folgenden Collier, Exodus, a. a. O., 39 ff.
 - 20 Tocqueville verwendet diese Metapher analog zu dem Ausdruck „Sitten“ (vgl. Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*, München 1976, 332).

Die Verfasser

Dr. Arnd Küppers ist Wissenschaftlicher Referent und Stellvertretender Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle.

Msgr. Dr. Peter Schallenberg ist Professor für Moraltheologie an der Theologischen Fakultät Paderborn und Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle.